

# Es steht nicht gut um den Zivilschutz

**Katastrophenfall** Der Zivilschutz ist mit einigen Herausforderungen konfrontiert – Mitgliederschwund und neue Aufgaben machen der freiwilligen Hilfsorganisation zu schaffen. Nun sollen Lösungen her. Der Blick in die Schweiz zeigt: Auch dort fehlt es an Freiwilligen.

Die Zukunft des Zivilschutzes sieht nicht gerade rosig aus. Dies ist sich das Amt für Bevölkerungsschutz auch bewusst: Im aktuellen Rechenschaftsbericht kommt die grundsätzliche Neuausrichtung zur Sprache. «Sachtechnische und personelle Herausforderungen lassen sich mit den gegenwärtigen im Zivilschutz vorhandenen Strukturen nicht bewältigen», heisst es im Rechenschaftsbericht. Konkret: Es fehlt an Freiwilligen, Material und einer richtigen Strukturierung, um den Zivilschutz überhaupt in einer angemessenen Masse gewährleisten zu können.

«Generell sinkt die Bereitschaft in unserer Gesellschaft, sich verbindlich und nachhaltig ehrenamtlich zugunsten der Allgemeinheit zu engagieren», erklärt Emanuel Banzer, Leiter des Amtes für Bevölkerungsschutz. Derzeit sind noch 1000 freiwillige Helfer das Rückgrat des Bevölkerungsschutzes. Eine Dienstpflicht von Gesetzes wegen gibt es nicht – man zählt auf das Engagement von Freiwilligen. Der zunehmend von Individualität und Unabhängigkeit geprägte Zeitgeist bringe Herausforderungen mit sich, heisst es im Rechenschaftsbericht. Daran, ob auch in Zukunft genügend Freiwillige gefunden werden, würden Erfahrungen der vergangenen Jahre zweifeln lassen. Mitglieder zu rekrutieren, wird also immer schwieriger. «Das trifft für andere



Auch in der Schweiz sieht man sich beim Zivilschutz mit Mitgliederschwund konfrontiert. Bild: BABS

freiwillige Rettungs- und Hilfsorganisationen ebenfalls zu», sagt Banzer. Davon ausgenommen sind wohl die Freiwilligen Feuerwehren: Entgegen dem Trend bleibt der Mitgliederstand seit einigen Jahren stetig gleich. «Dies ist sicher eine Folge der aktiveren Rekrutierung durch die Feuer-

wehren», heisst es im Rechenschaftsbericht.

## Schutzraumbauten sind nicht mehr wichtig

Es gibt aber noch einen weiteren Stolperstein für den Zivilschutz: Die Aufgabenstellung des Zivilschutzes unterliegt einem stetigen

Wandel. Die Gefährdungslage verändere sich permanent. «Ursprüngliche Aufgabenstellungen, wie beispielsweise der Unterhalt und Betrieb der Schutzraumbauten, haben sich relativiert», erklärt Banzer. Heisst also, ein Hauptaufgabenbereich fällt weg. «Der Zivilschutz ist aufgefordert, sich in

der aktuellen Risikolandschaft neu zu positionieren», sagt Banzer. Viele Kernaufgaben zur Bewältigung einer Katastrophe können jedoch nur vom Zivilschutz übernommen werden. «Für die grossräumige Evakuierung von Schadengebieten erklärt sich zum Beispiel keine andere Institution zuständig.» Dementsprechend bestehe die Notwendigkeit eines Zivilschutzes.

## Gemeinden werden in die Pflicht genommen

Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern aller Zivilschutzeinheiten, soll nun Abhilfe schaffen. «Die Gruppe hat Reorganisationsvorschläge ausgearbeitet, über die im Rahmen von Workshops befunden wurde», erklärt Emanuel Banzer. Ein zeitgemässes Aufgabenportfolio und eine zweckmässige Organisationsform soll definiert werden.

Das gehe aber nur, wenn dieser Prozess von einer Basis getragen wird. Deshalb sollen auch im künftigen Zivilschutz die in den Gemeinden organisierten Einheiten die Grundgrösse bilden. Denn gemäss Bevölkerungsschutzgesetz ist der Zivilschutz den Gemeinden unterstellt. Dazu müssen die Gemeinden ihre Hausgaben machen: Für eine funktionierende Lösung müssen die Gemeinden das Vorhaben unterstützen und vor allem mitverantworten. Bislang bestehen einzig in

den Gemeinden Ruggell, Schellenberg, Mauren, Schaanwald, Triesenberg und Balzers organisierte Zivilschutzgruppen.

«Spezialaufgaben werden in Zukunft in zwei regional organisierten Einheiten, im Oberland und Unterland, gemeinsam erbracht werden», erklärt Banzer.

## Zivilschutz als Pflicht?

Wie nun konkret das Problem mit dem Mitgliederschwund in Liechtenstein gelöst werden soll, geht noch nicht hervor. In der Schweiz wird derzeit ein Vorschlag der Kantone diskutiert, Zivilschutz und Zivildienst zusammenzulegen. So könnte dem Mitgliederschwund beim Zivilschutz entgegengewirkt werden. Ständen dem Zivilschutz 2010 noch gut 8100 Personen neu zur Verfügung, waren es 2017 nur mehr 4800.

Es zeigt sich: Obwohl das Milizsystem in der Schweiz verpflichtend ist, mangelt es an Kräften für den Zivilschutz. Aber wie soll dann das Problem in Liechtenstein gelöst werden, wo das Milizsystem ehrenamtlich organisiert ist? Das bleibt die Gretchenfrage. Womöglich bleibt Liechtenstein letzten Endes nichts anderes übrig, als die Teilnahme am Zivilschutz – etwa für Jugendliche – obligatorisch zu machen.

Raphaela Roth  
roth@medienhaus.li